

# LAND & LEUTE

BRANDENBURG, WIRTSCHAFT, KULTUR, MEDIEN, WETTER UND TV



**Insider der Macht**

Jeff Daniels spielt den Ex-FBI-Direktor James Comey **Seite 11**

## KOMMENTAR



Von Ulrich Wagemann

### Virus schlägt Wolf

**W**arum kommt es ausgerechnet jetzt zum Eklat in Sachen Wolfsmanagement? Die Argumente sind längst ausgetauscht. Es ist vor allem die Erkenntnis seitens der Landnutzer-Verbände, dass in Zeiten von Corona das Thema Wolf in den Hintergrund gerückt ist. Ein winziges Virus hat sich als deutlich gefährlicher erwiesen als die Raubtiere. Außerdem ist die Frustration auf Seiten der Bauern und anderer Verbände darüber groß, wie schwer sie derzeit mit ihren Bedenken durchdringen – nicht zuletzt bei der Bekämpfung der Schweinepest, weswegen es vor einigen Wochen schon einmal krachte zwischen Interessensvertretern und Regierung. Die Behörden handeln im Krisenmodus schnell und fackeln nicht lange. Beim Thema Wolf gibt es eigentlich nicht viel Neues: Die Brandenburg-Landesregierung hat es nicht in der Hand, Wölfe zum Abschuss freizugeben. Das wissen auch ihre Kritiker. Bundes- und europäisches Recht haben Vorrang und schützen die Raubtiere weiterhin. Brandenburg hat als erstes, weil am stärksten betroffenen Bundesland eine „Entnahme“ von Problemwölfen rechtlich ermöglicht, die Politik war also nicht unlästig. Den Bauern, die morgens Kälber zerrissen auf den Weiden finden, ist das alles zu bürokratisch – und die Hürden sind auch hoch. Darum reagieren sie so genervt.

## IN KÜRZE

### Bürgerinitiative Grünheide fordert Bürgerentscheid

**Grünheide.** Die Bürgerinitiative Grünheide hat einen Bürgerentscheid in der Gemeinde über die Planungen für die Tesla-Fabrik vorgeschlagen. Anlass ist das Fristende vom Montag zur Einsicht in den Entwurf des neuen Bebauungsplans der Gemeinde für die Fabrik. Bürgermeister Arne Christiani (parteilos) sagte jedoch über einen Bürgerentscheid: „Es ist im Bebauungsplan-Verfahren nicht vorgesehen.“

### Bushido gewinnt Zivilprozess um Grundstücke bei Berlin

**Frankfurt (Oder).** Parallel zum Strafprozess gegen einen Clanchef in Berlin hat der Rapper Bushido (42) einen Zivilprozess um eine gemeinsame Immobiliengesellschaft gegen seinen Kontrahenten gewonnen. Dabei ging es um ein Grundstück in Rüdersdorf bei Berlin mit vielen Immobilien. Bushido wurde das Gelände zugesprochen, er muss seinem Geschäftspartner allerdings 126 000 Euro plus Zinsen Entschädigung zahlen und Schulden übernehmen.

### Mit geklautem Geländewagen bis an die Ostsee

**Schwedt.** Die Polizei in Vorpommern ermittelt gegen einen Autodieb, der mit einem in Schwedt gestohlenen Geländewagen an der Ostsee gefasst wurde. Nach Polizeiangaben war der 19-Jährige einer Streife auf dem Deich bei Prerow aufgefallen. Bei der Kontrolle kam heraus, dass der Wagen kurz zuvor bei einem Autohaus in Schwedt gestohlen worden war. Auch die Kennzeichen waren gestohlen.

### Blutspenden unter Einschränkungen möglich

**Dresden.** Trotz der neuen Corona-Einschränkungen ist eine Blutspende beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Berlin und Brandenburg weiterhin problemlos möglich. Voraussetzung ist, dass die Spendewilligen frei von Erkältungssymptomen, Fieber und anderen akuten Erkrankungen sind, wie der DRK-Blutspendedienst Nord-Ost mitteilt. Durch die kurze Haltbarkeit bestimmter Blutbestandteile werde regelmäßig Nachschub benötigt.

### Zugführer mit Luftdruckwaffe beschossen – Zeugen gesucht

**Berlin.** Ein Zugführer einer Berliner S-Bahn ist während der Fahrt von einem Projektile aus einer Luftdruckwaffe am Kopf getroffen worden. Der 59-Jährige sei mit augenscheinlich leichten Verletzungen in ein Krankenhaus gekommen, teilte die Bundespolizei am Montag mit. Das Projektile gelangte demnach am Sonntagabend gegen 20.30 Uhr durch das geöffnete Fenster des Führerstandes.



Wolfsrudel im Natur- und Umweltpark in Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern.

FOTO: BERND WÖSTNECK/DPA

## Warnschuss galt nicht allein dem Wolf

Mehrere große Landnutzer-Verbände haben unter Protest das Wolfsmanagement-Gremium des Landes verlassen. Es geht ihnen um weit mehr als den Umgang mit den grauen Räubern.

Von Ulrich Wagemann

**Potsdam.** Virus und Schweinepest hatten den Wolf etwas aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt, doch jetzt spitzt sich der Streit um den Umgang mit den Raubtieren wieder zu. Mehrere Verbände von Landnutzern – darunter die beiden Bauernverbände Freie Bauern (Familienbetriebe) und der Landesbauernverband (LBV) – sind unter Protest aus dem Gremium des Brandenburgischen Wolfsmanagements ausgestiegen (Die MAZ berichtete). Diese Runde soll in der Kontroverse um Artenschutz oder kontrollierten Abschuss der Räuber eigentlich vermitteln. Nun ist dem Agrarminister dieser Beratungsrundel um die Ohren geflogen. Es hagelte Pressemitteilungen voller Vorwürfe. Was ist passiert und was steckt dahinter?

Nach amtlichen Zählungen lebten Ende April 47 Wolfsrudel in Brandenburg – mehr als in jedem anderen Bundesland. Bundesweit gibt es 128 Rudel. Je nach Schätzung der Rudelgröße leben 300 bis 400 Wölfe in der Mark. Weidetierhalter und Jäger beklagen schon länger, dass die Wölfe ökologisch wertvolle Haltungsformen im Freiland gefährden. Die Raubtiere sollten deshalb nur noch in Naturschutzgebieten, auf Truppenübungsplätzen und in Tagebaulöchern geduldet werden. Dem steht derzeit der Artenschutz entgegen.



Wir möchten all die Vorhaben, die vor uns stehen, zusammen mit der Regierung machen – unsere Handynummern haben sie!

Gregor Beyer, Forum Natur

Vieles spricht dafür, dass der Eklat tieferliegende Gründe hat: Die Wolfs-Kritiker kommen derzeit keinen Schritt weiter bei ihrem Bestreben, die rechtlichen Grundlagen für einen kontrollierten Abschuss eines Teils der Population vorzubereiten. Vordergründig geht es um Details einer ministeriellen Richtlinie zur Vorbeugung gegen Wildtierschäden. Dieses Papier wurde der Arbeitsgruppe nach Angaben von Teilnehmern schon mit der Unterschrift von Agrarminister Axel Vogel (Grüne) auf den Tisch gelegt – „zum Abnicken“, wie Reinhard Jung von den Freien Bauern kritisiert. Der runde Tisch verkomme zu einer „Alibiveranstaltung, die eine Beteiligung der Verbände lediglich vorgaukeln soll“, wertet Dirk-Henner Wellershoff, Präsident des Landesjagdverbands.

Die „Lobbyarbeit der so genannten Naturschutzverbände“ habe in der ministeriellen Richtlinie Niederschlag gefunden, unterstellen die Freien Bauern. So könnten künftig Naturschutzverbände staatliche Subventionen empfangen, während gleichzeitig Hobbytierhalter leer ausgehen – etwa bei der Finanzierung von Herdenschutzmaßnahmen. Wer Hilfen gegen Wölfe beantrage, sei „der Willkür der vom Land eingesetzten Wolfsgutachter ausgesetzt“, sagt der Wolfbeauftragte der Freien Bauern, Frank Michelchen. Und die seien, so unterstellt der Verband, grundsätzlich wolls-

freundlich. Dagegen verweist Agrarminister Axel Vogel darauf, er habe „den Inhalt der Richtlinie seit Monaten kommuniziert“, überrascht müsse niemand tun. Die Regelungen kämen den Landnutzern zugute. So sähen sie vor, künftig nicht nur die Anschaffung von Herdenschutzmaßnahmen finanziell zu unterstützen, sondern auch deren Futterrationen. Ein ausgebildeter Hütehund vertilgt im Jahr leicht Futter im Wert von mehr als 1000 Euro. Unterstützung erhält der Minister vom Ökologischen Jagdverein Brandenburg-Berlin. Der spricht von einer „ideologischen Konfrontation“, die vom Forum Natur und den darin organisierten Verbänden ausgehe. Wollfreie Zonen seien ein „absurdes Konzept“. Stattdessen sei es zu begrüßen, dass das Land Herdenschutz – also Zäune und Hunde – mit künftig bis zu 30 000 Euro pro Jahr finanziere. Was die anderen Verbände veranstalten, sei eine „politische Inszenierung ihrer Funktionäre“.

„Polittheater“ ist ein hartes Wort, beteiligte Funktionäre räumen aber ein: Es geht nicht nur um den Wolf. So nutzen die Verbände das Streitthema Wolf, um einen Warnschuss in Richtung Landesregierung abzugeben. Sie wünschen sich eine stärkere Beteiligung bei einer Reihe großer Gesetzesvorhaben, die erhebliche Auswirkungen auf das Leben auf dem Land haben werden. So steht eine Novelle des Waldge-

setzes bevor, die nach dem Willen der Waldbesitzer den teuren Umbau der märkischen Kiefernbestände zu Mischwäldern finanziell neu regeln soll – zugunsten der Waldbesitzer. Ebenfalls steht eine Neufassung des Jagdgesetzes an, die nach dem Willen der Jagd- und Waldbesitzerverbände den Abschuss von Rehen und Wildschweinen erleichtern soll.

Außerdem erarbeitet die Landesregierung derzeit ein Leitbild, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen soll. Davon hängt ab, in welche Richtung künftig Finanzmittel fließen werden und welche Betriebe schärfere Auflagen erhalten. Auf all diesen Politikfeldern wollen die Verbände mitreden – und sorgen sich, ob sie angemessen Gehör erhalten.

„Es hat sich etwas aufgestaut“, räumt der Geschäftsführer des Forums Natur, Gregor Beyer ein. „Vielleicht ist es gut, dass sich der Streit jetzt am Thema Wolf festmacht und nicht an noch bedeutenderen Dingen.“ Das Vorgehen der Landesregierung bei der Bekämpfung der Schweinepest habe viele Bauern vor den Kopf gestoßen. Zwar hätten die Verbände in Krisenstäben mitgewirkt, ihre Stimme sei aber kaum gehört worden. Beyer deutet aber Gesprächsbereitschaft an: „Wir möchten all die Vorhaben, die vor uns stehen, zusammen mit der Regierung machen – unsere Handynummern haben sie!“

## 123 Schweinepestfälle – auch Frankfurt baut Zaun

Verbraucherschutzministerin warnt zugleich vor der Vogelgrippe, die im Norden verstärkt auftritt

Von Gudrun Janicke

**Potsdam.** Zur Eindämmung der afrikanischen Schweinepest (ASP) soll auch in Frankfurt (Oder) an der Grenze zu Polen ein fester Wildschutzzaun errichtet werden. Dafür sei die Tierseuchen-Allgemeinverordnung entsprechend ergänzt worden, teilte die Stadtverwaltung am Montag mit. Mit dem Bau des etwa zehn bis zwölf Kilometer langen Zauns solle in Kürze begonnen werden. In den südlicheren Landkreisen Oder-Spree und Spree-Neiße wird bereits intensiv am Zaunbau an der deutsch-polnischen Grenze gearbeitet.

Das Landesgesundheitsminis-

terium meldete am Montag sieben weitere ASP-Fälle. Damit habe sich die Gesamtzahl der bestätigten Fälle in Brandenburg auf 123 erhöht.

Der bundesweit erste Ausbruch der Seuche beim Schwarzwild wurde am 10. September in Brandenburg amtlich festgestellt. Nach neuesten Erkenntnissen sind bereits in der ersten Juli-Hälfte infizierte Tiere verendet – warum dies damals nicht gemeldet wurde, ist weiterhin unklar.

Die Krankheit ist für Menschen ungefährlich, für Wild- und Hauschweine fast immer tödlich. Es gibt keine Möglichkeit, die Schweine vorbeugend zu impfen. Landesverbrauchermis-

terin Ursula Nonnemacher (Grüne) rief zudem die Geflügelhalter in Brandenburg zur Wach-

samkeit wegen der Vogelgrippe auf. In Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpom-

mern sei der Geflügelpest-Erreger in den vergangenen Tagen bereits bei mehreren Wildvögeln nachgewiesen worden. „Zur Verhinderung der indirekten Einschleppung des hoch ansteckenden Erregers sind alle Geflügelhalter aufgefordert, die vorgeschriebenen Biosicherheitsmaßnahmen in den Betrieben zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern“, betonte Nonnemacher.

Nach Angaben des Verbraucherschutz-Ministeriums wurde zuletzt Anfang dieses Jahres im Landkreis Spree-Neiße bei einem verendeten Wildvogel der Vogelgrippe-Erreger nachgewiesen.



Arbeiter montieren ein Zaunelement.

FOTO: CARSTEN REHDER/DPA